

1 EU und Euro am Abgrund Teil 13

EU und Euro haben zu einer nationalen Einkommensumverteilung in Europa geführt.

Die EU-Regulierungen haben die Wachstumsraten der peripheren EU-Staaten erheblich ansteigen lassen, wohingegen Deutschland Wachstums- und Wohlstandseinbußen hinnehmen musste.

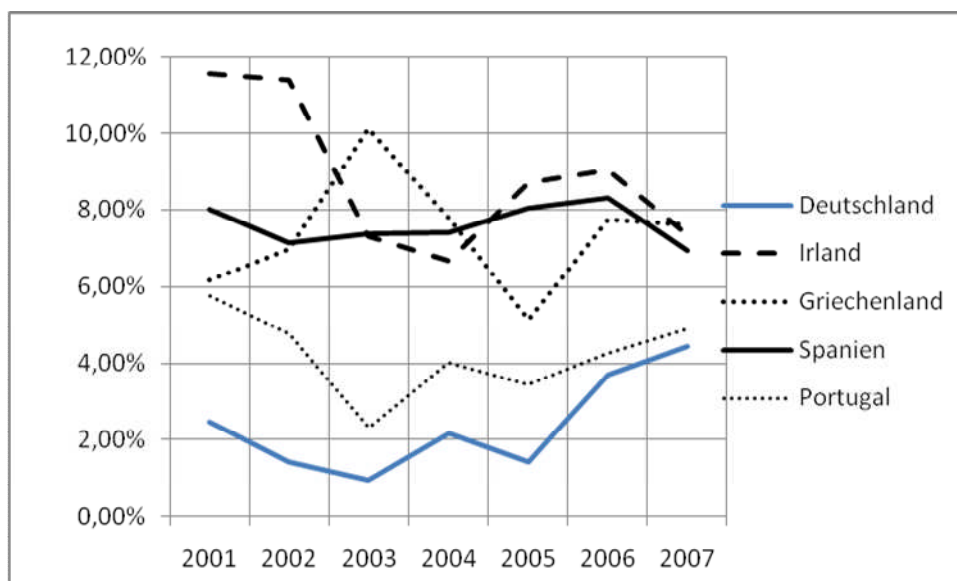
Von Hermann Patzak

Ökonomisch begünstigt wurden nachweisbar gerade jene Euro-Länder, denen heute die Zahlungsunfähigkeit droht. Die nachstehende Tabelle¹ zeigt das ganze Ausmaß dieser Wachstumsverlagerungen. Sie werden noch deutlicher, wenn man diese Wachstumsraten mit denen Deutschlands vergleicht:

BIP	In Mio. Euro		Veränd %	Ø % Ändg.	Vergl zu Deutschland	
	2000	2009			Faktor	Prozent
Deutschland	2.062.500	2.407.200	16,7%	1,9%		
Irland	104.830	163.543	56,0%	6,2%	3,35	335,12%
Griechenland	137.930	237.494	72,2%	8,0%	4,32	431,91%
Spanien	630.263	1.051.151	66,8%	7,4%	4,00	399,57%
Portugal	122.270	163.891	34,0%	3,8%	2,04	203,68%

- (1) Irlands BIP wuchs in den 9 Jahren von 2000 – 2009 um 56 Prozent, das deutsche dagegen nur um 16,7%. Das durchschnittliche Wachstum war also in dieser Zeit 3,35 mal so groß wie in Deutschland (vgl. vorletzte Spalte der Tabelle).
- (2) Das Wachstum der griechischen Wirtschaft war 4,32 mal so hoch,
- (3) das spanische 4,0 und
- (4) das portugiesische immer noch doppelt so hoch wie das deutsche!

Die Wachstumsraten zeigen die Wohlstandsentwicklung. In der nachstehenden Graphik werden sie nochmals veranschaulicht:



¹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>.

Die deutsche Wachstumsrate liegt deutlich unterhalb der Raten der peripheren Euro-Staaten. Das Ausmaß dieser Wachstumsdivergenzen wird manchen unbekümmerten Leser der deutschen Medien, der sich gut informiert glaubt, überraschen. Solche Zahlen wird er in deutschen Zeitungen und Fachjournalen vergeblich suchen. Es handelt sich um politisch gewollte **Einkommensumverteilungen** zwischen den europäischen Nationen, die den Deutschen nicht unbedingt „auf die Nase gebunden“ werden sollen.

Realisiert wurde die Entwicklung durch das internationale Groß- und Finanzkapital. In Deutschland musste zuvor die Soziale Marktwirtschaft – die sich in den Nachkriegsjahrzehnten nur zu gut bewährt hatte – aufgelöst werden. Unter der Fahne des Neoliberalismus sind Politik und Großkapital weltweit eine unheilvolle Symbiose eingegangen. Ihre oberste Devise ist die von **Adam Smith vor über 200 Jahren aufgestellte Hypothese der „unsichtbaren Hand“**, die besagt, dass der freie Markt und das Gewinnstreben den Menschen den größtmöglichen Wohlstand bringt. Demnach braucht die Politik der Renditemaximierung in einer liberalen Marktwirtschaft nur freien Lauf zu lassen, um allen Menschen den größtmöglichen materiellen Wohlstand zu bringen. Lloyd Blankfein, der Vorstandsvorsitzende der US-Investmentbank Goldman-Sachs formulierte es in einem Interview mit der englischen Zeitung „Sunday Times“² im November 2009 wie folgt: „Ich bin bloß ein Banker, der Gottes Werk verrichtet“.

Den Deutschen hat die Entwicklung zum Globalkapitalismus und seine Umsetzung in der EU und die Einführung einer gemeinsamen Euro-Währung für die EU-Kernländer eine **relative Verarmung** gebracht. Zur Zeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ waren soziale Einschnitte von der Art „Hartz IV“ nicht nötig, ihre Notwendigkeit ergab sich erst mit der weltweiten Etablierung des Globalkapitalismus.

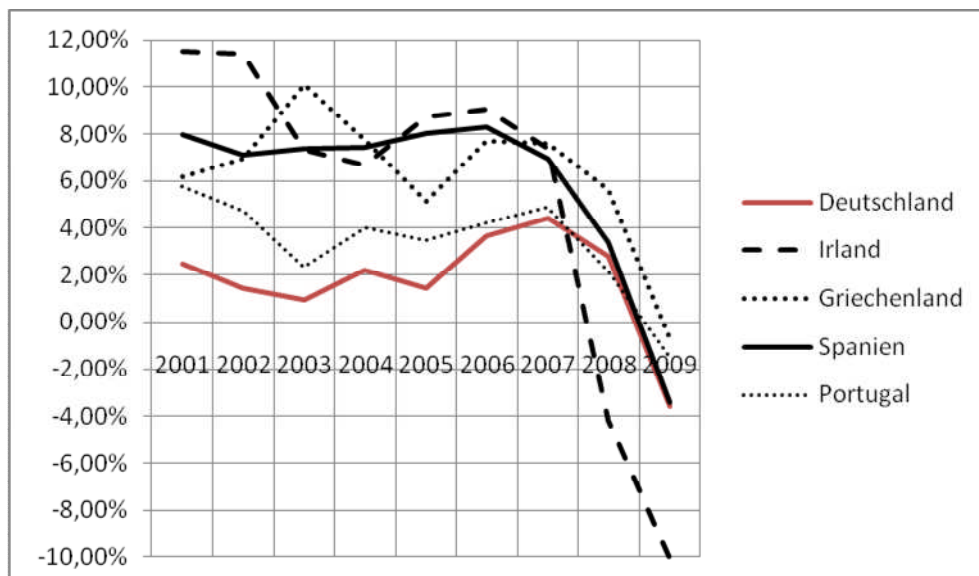
Die Graphik der Wachstumspfade endet mit dem Jahr 2007. Doch so richtig interessant wurde die Entwicklung erst danach, denn im Sommer dieses Jahres begann die „Zweite Große Weltwirtschaftskrise“ des Industriezeitalters. Ihr Sog erfasste alle Volkswirtschaften der Welt. Für die EU und den Euro wurde sie zum Härtesten, der den Beweis ihrer Funktionsuntauglichkeit erbrachte!

Seit dem Jahr 2007 haben alle Wirtschaftsnationen einen Einbruch erlebt, wie er von den Ökonomen nicht mehr für möglich gehalten wurde. Sie meinten, dass sie und die Politik aus den Lehren der Ersten Großen Weltwirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg gelernt und die geld- und finanzpolitischen Instrumente weiter entwickelt hätten, so dass man eine vergleichbare Krise von jetzt an jederzeit verhindern könnte. Doch nicht nur sie hatten gelernt, auch die Kapitalistische Wirtschaft hat sich weiter entwickelt. In einer globalen Weltwirtschaft kann sich kein Land, das in den weltweiten Warenaustausch eingebunden ist, einer derartigen Krise entziehen. Im Vergleich zu den 1920iger Jahren hatten sich insbesondere die Weltfinanzmärkte verändert. Und hier waren es vor allem die neuen Formen der Geld- und Kreditschöpfung und die neuen Varianten der Spekulation, die sich als nicht beherrschbar erwiesen.

Ökonomisch-technisch gesehen kam es zu „Blasenbildungen“ wie die Ökonomen heute sagen. Es zeigte sich, dass einige große Volkswirtschaften, vor allem die größte der Welt, die USA, das künstlich und mit hohen Schulden und niedrigen Zinsen erzeugte Wachstum nicht aufrechterhalten konnten. Ausgehend vom US-Immobilienmarkt und seiner verantwortungslosen Finanzierung, an der die ganze restliche Welt beteiligt war, verbreitete sich seit Sommer 2007 die zur Wirtschaftskrise mutierte Finanzkrise über die ganze Welt.

² Siehe auch „Der Spiegel, 2009, Nr. 48, Seite 73.

Jetzt zeigt sich, dass auch in den von der EU gehätschelten Randstaaten ähnliche „Blasengebilde“ wie in den USA entstanden waren. In Spanien und England waren es in erster Linie die Immobilienmärkte, die zusammenbrachen, in Irland, Griechenland und Portugal waren es die Staatsschulden deren Rückzahlung infolge der allgemeinen Krise in Gefahr geriet. Wie sich das Platzen dieser Blasen auf die betroffenen Volkswirtschaften auswirkte, zeigt die nachstehende Graphik:



Die Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts legte den Finger in die Wunde der EU! In einer Währungsunion – wie der Euro-Union –, in der die einzelnen Volkswirtschaften nicht mehr durch Währungsgrenzen geschützt werden, sind diese Auswirkungen noch unmittelbarer und direkter. Die Krise der Griechen, Iren, Spanier und Portugiesen belastete jetzt auch die übrigen EU-Länder und natürlich in erster Linie die größte europäische Volkswirtschaft, die deutsche! Deutschland wurde verpflichtet, für die Schulden dieser Länder zu haften – obgleich die EU-Verträge diese Haftung ausdrücklich ausschließen. **Das ist das Problem der EU und vor allem der Euro-Länder! Die Krise deckte erbarmungslos die Schwachstellen dieses Gebildes auf, das ein Produkt aus politischen und ideologischen Wunsch- und Trugbildern ist.**

Bevor wir auf diese Problematik eingehen, sollten wir jedoch noch klären, wie die großen Divergenzen des Wirtschaftswachstums in den EU-Ländern sich auf den Pro-Kopf Wohlstand der Bürger in den EU-Staaten ausgewirkt haben. Schließlich haben wir ja in den vorangegangenen Analysen (Kapital 11 und 12) gesehen, dass dieses Pro-Kopf Einkommen eine genauere Aussage über den Wohlstand der Menschen in einer Volkswirtschaft macht.

	Bevölkerung in Mio		BIP/Kopf		Änd.%
	2000	2010	2000	2010	
Deutschland	82,2	82,1	25.102	29.304	16,7%
Irland	3,8	4,6	27.749	35.443	27,7%
Griechenland	10,9	11,3	12.650	21.004	66,0%
Spanien	40,0	46,7	15.737	22.521	43,1%
Portugal	10,2	10,7	11.993	15.284	27,4%

Wie wir sehen, ergibt sich für unsere bisherige Erkenntnis keine Änderung. Nur das irische Pro-Kopf Wachstum ist erkennbar geringer, weil die dortige Bevölkerung (durch hohe Zuwanderung) merklich angestiegen ist.

Die nachstehende Tabelle zeigt, wie sich das Pro-Kopf Einkommen dieser Länder in den letzten 9 Jahren im Vergleich zu dem deutschen Pro-Kopf Einkommen verändert hat.

	BIP/Kopf 2000	Differenz zu Deutschland	BIP/Kopf 2010	Differenz zu Deutschland
Deutschland	25.102		29.304	
Irland	27.749	10,54%	35.443	20,95%
Griechenland	12.650	-49,61%	21.004	-28,32%
Spanien	15.737	-37,31%	22.521	-23,15%
Portugal	11.993	-52,22%	15.284	-47,84%

Das irische Pro-Kopf Einkommen hat sich im Vergleich zum deutschen trotz der gestiegenen Einwohnerzahl nochmals um rund 10 Prozent vergrößert und liegt nun um 21 Prozent über dem deutschen. **Zur Erinnerung: Irland ist kein Nettozahlungs- sondern Nettoempfänger-Land!** Der Abstand Griechenlands und Spaniens zum deutschen Pro-Kopf Einkommen ist erheblich geringer geworden, ebenso der Portugals, wenn auch in etwas geringerem Maße.

Erkenntnis:

EU und gemeinsame Euro-Währung haben die Wachstumsrate der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren auf 1,9% zurückgestutzt, während die Wachstumsraten der europäischen Randstaaten um ein Mehrfaches (Griechenland 431 Prozent) höher waren. Die fanatischen EU- und Euroverfechter geben immer wieder vor, Europa in der Welt stärker machen zu wollen. Doch **wer die stärkste Volkswirtschaft Europas schwächt, der schwächt Europa!**

Die Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts hat den EU-Ideologen darüber hinaus vor Augen geführt, dass die EU in ihrer jetzigen Form den Anforderungen einer globalisierten Weltwirtschaft nicht gewachsen ist. Eine solche Krise war in dem EU- und dem Eurokonzept nicht vorgesehen. Die Anfang Mai 2010 in aller Hast zusammengeflückten Rettungspakete eins und zwei werden, wenn sie tatsächlich in Anspruch genommen werden müssen, die Retter selbst in Zahlungsnöte und deren Wirtschaft in arge Nöte bringen. Die größte Last wird wieder Deutschland zu tragen haben. Den Steuerzahlern der übrigen europäischen Nationen wird das „Steckenpferd“ ihrer Politiker, ein gemeinsames Europa errichten zu wollen, teuer zu stehen kommen. Sie werden auch noch die Schulden bezahlen müssen, die jene jahrzehntelang alimentierten EU-Länder mit den ihnen zugeflossenen Geldern gemacht haben. Diesem zweiten nochmaligen Transfer, der sich auf über 800 Mrd. Euro aufsummieren könnte, wird von den fanatischen EU-Ideologen wie dem EZB-Vorstandsmitglied Lorenzo Bini Smaghi³ erst der Charakter einer echten Transferleistung zuerkannt, die seiner Meinung nach allerdings nicht nötig sein wird.

Damit ist er jetzt zum ersten Mal in Deutschland auf offenen Widerspruch bei den Praktikern des Finanzgeschäftes (Ackermann – Deutsche Bank) und den Lehrstuhlökonomen der Hochschulen und Universitäten gestoßen. Diese sehen sehr wohl die große Gefahr, dass nicht nur Griechenland, sondern auch die anderen prekären Schuldner ihre Schulden nicht werden zahlen können. Jetzt scheint sogar die Schmerzgrenze der deutschen Führungseliten in Wirtschaft und Politik erreicht zu sein. Die Ratifizierung dieser sogenannten „Euro-Rettungspakete“ stieß auf den nahezu einhelligen und öffentlich bekundeten Widerspruch aus der Fachschaft der renommierten⁴ Lehrstuhlökonomen. Auch das ist ein

³ Siehe EU und Euro am Abgrund Teil 9, Seite 1

⁴ Stellvertretend seien hier nur drei Namen genannt: Hans-Werner Sinn, Präsident des IFO-Instituts München, Clemens Fuest, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats im, Bundesfinanzministerium und Lehrer an der

Novum in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands. Die Zeit, da man klaglos die einseitigen Zahlungen für alle möglichen Staaten und Institutionen hingenommen hat, scheint sich dem Ende zuzuneigen. Gar mancher Politiker in Europa hat sich gewundert, wie viel sich die Deutschen in den Nachkriegsjahren haben gefallen lassen. Aber die Beträge, die den Deutschen jetzt abverlangt werden, haben Dimensionen erreicht, die alle merklich zu spüren bekommen. Sie werden ärmer werden. Noch ärmer als sie es in den letzten beiden Jahrzehnten schon geworden sind.

Noch kennen sie die wahren Ursachen dieser Verarmung nicht. Die Regierungen der selbsternannten und selbstherrlich regierenden Volksparteien haben bisher ständig Auswege und Ausreden gefunden, um von diesen wahren Ursachen der schleichenden Verarmung abzulenken. Typisch dafür sind z.B. die Reformen, die man unter dem Namen „Hartz IV“ subsummiert, um den Abstieg in die Armut zu kaschieren. Doch der Bodensatz der Langzeitarbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger und der Jugendlichen, die keinen angemessenen Ausbildungsplatz bekommen, hat Ausmaße erreicht, die auch diese fragwürdigen Reformen nicht mehr übertünchen können. Die Stunde der Wahrheit rückt näher! Nicht nur für Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Italien. Die Schuldensumme, die diese Staaten anhäuften, übersteigen die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands bei weitem. Das wissen auch die großen Politlenker.

© www.hpatzak.de 01.09.2010

In der nächsten Folge der Serie „EU und Euro am Abgrund“ untersuchen wir die Frage, ob Griechenland seine Schulden wird bezahlen können und welche zwischenstaatlichen und funktionalen⁵ Einkommensumverteilungen die staatlichen Rettungspakete zur Folge haben!

Universität Oxford und Christoph Schmidt, Mitglied im Sachverständigenrat und Präsident des RWI-Instituts in Essen.

⁵ Die Einkommensverteilung zwischen den Produktionsfaktoren, also z.B. zwischen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen.